

**Die Gestaltung der Zukunft – der Blick zurück.
Herausforderungen für Deutschland und Polen
Rede zum Gedenken an den Überfall auf Polen 1939
Römer/ Frankfurt/Main, 31. August 2018
Markus Meckel**

Anrede

„Zeichen der Hoffnung“ heißt Ihr Verein, der für die Stadt Frankfurt nun schon das 10. Jahr diese Gedenkstunde an den deutschen Überfall auf Polen, an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vorbereitet. Wie kann man es anders als ein Zeichen der Hoffnung nennen, dass nach all den furchtbaren Schrecken, die wir Deutschen im Zweiten Weltkrieg über Polen gebracht haben, unsere beiden Länder heute in Frieden und Freundschaft ihre Nachbarschaft gestalten. Vielfältige Brücken sind zwischen unseren Ländern gebaut, ein Netzwerk von Freundschaften und fruchtbaren Beziehungen ist gewachsen, wie es noch vor 30 Jahren undenkbar erschien.

Aber das war keineswegs selbstverständlich. Es hat Menschen gebraucht, die den Mut aufbrachten, dem Mainstream entgegenzutreten. Das gilt für Deutschland, wo die evangelischen Kirchen 1965 mit der Ostdenkschrift alte Denkmuster hinter sich ließen und so neue Perspektiven eröffneten. Das gilt aber besonders auch für Polen, wo im gleichen Jahr mitten in der kommunistischen Bedrückung mutige Bischöfe klare und entwaffnende Worte fanden und die Hand zur Versöhnung ausstreckten. Beide Initiativen entstanden gegen die politische Linie der jeweiligen Regierungen – und gegen die mehrheitliche Stimmung im eigenen Land. Doch ließen sich Menschen in beiden Ländern anstecken, das Vergangene und auch eigene Schuld klar zu benennen, und doch nicht dabei stehen zu bleiben. Ein langer, oft mühseliger Versöhnungsprozess begann. Viele engagierten sich. Dazu gehört auch Ihr Verein „Zeichen der Hoffnung“, der schon 1977 gegründet wurde und noch heute KZ-Überlebende aus Polen einlädt und mit ihnen an unsere Schulen geht. Eine ganz wichtige Arbeit!

Es brauchte lange, bis sich auch in unserem Land Mehrheiten fanden, die bereit waren, sich den Schatten der Vergangenheit zu stellen und kein Blatt mehr vor den Mund zu nehmen. Erst 40 Jahre nach dem Krieg, durch die beeindruckende Rede Richard von Weizsäckers war man bereit zu erkennen, dass die Kriegsniederlage 1945 eben nicht nur ein Zusammenbruch war, sondern gleichzeitig die Befreiung von einer menschenverachtenden Herrschaft, mit der auch für Deutschland wieder Freiheit möglich wurde.

Eine zentrale Rolle im bilateralen Verhältnis spielte die Grenzfrage. Wieviel Widerstand gab es dagegen, die Realitäten und damit die Grenze an Oder und Neiße anzuerkennen. Dabei ist es verständlich, wenn die Millionen Deutschen, die ihre Heimat verlassen mussten, sich damit schwer taten. Doch sie vergaßen oft, was ihren eigenen Erfahrungen vorausgegangen war, und dass es ebenfalls Millionen von Polen gab, die aus dem Osten Polens kamen und nun in diesen Gebieten lebten, hatte doch Polen selbst große Teile des Landes an die Sowjetunion verloren. Willy Brandt wagte 1970 als neu gewählter Kanzler den ersten Schritt und erkannte die Grenze an, wenn auch noch unter dem völkerrechtlichen Vorbehalt eines künftigen Friedensvertrages. Was musste er dafür aushalten! Erst mit der Vereinigung 1990 konnte dieses Problem dauerhaft gelöst werden.

Für uns in der DDR lief die Geschichte anders: Hier wurden beide sozialistischen Länder, die Volksrepublik Polen und die DDR von oben her zu Freunden erklärt. Entsprechend brüchig und wenig tragfähig war diese Freundschaft. Und als 1980 die Gewerkschaft Solidarnosc gegründet und anerkannt wurde, schloss man ganz schnell die Grenzen, um den Freiheitsbazillus aus Polen abzuwehren. Allein die Kirchen hatten Kontakte, die die Vergangenheit nicht ausblendete.

Den großen Einschnitt brachte 1989/1990 der Sieg von Freiheit und Demokratie in Mitteleuropa, zuerst in Polen, in Ungarn und dann bei uns in der DDR. Diese Friedlichen Revolutionen, die durch Verhandlungen an Runden Tischen ausgehandelten Systemwechsel veränderten das Gesicht Europas. Sie brachten den Kalten Krieg ans Ende, ermöglichten die deutsche Vereinigung und den Erweiterungsprozess von EU und Nato. Bis 1989 grenzten an der deutsch-polnischen Grenze Diktaturen aneinander, die freundschaftlich taten, aber nicht waren. Die Grenze war seit Jahren geschlossen, die Menschen konnten sich nicht

begegnen. Nun aber war Deutschland vereint und frei, und auch Polen eine Demokratie.

Endlich war 1990 die Grenze völkerrechtlich anerkannt worden – auch das leider nicht so problemlos, wie man es sich gewünscht hätte, doch dann wurde sie durchlässig. Der Nachbarschaftsvertrag mit Polen von 1991 ermöglichte eine Beziehungsentwicklung, die beispielhaft war. Außenminister Skubiszewski sprach damals von einer „Interessengemeinschaft“ zwischen Polen und Deutschen. Über viele Jahre haben wir – und jedesmal mit Recht (!) – davon geredet, die deutsch-polnischen Beziehungen seien so gut wie noch nie in der Geschichte. Zum Symbol dafür wurde dann die Wahl des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk zum Präsidenten des Europäischen Rates.

Damals hat kaum jemand für möglich gehalten, dass sich an den guten Beziehungen etwas ändern könnte. Schauen wir jedoch die Gegenwart an, hat sich das Bild ziemlich verdüstert.

Die nun auch nicht mehr ganz neue polnische Regierung hat einen Kurs eingeschlagen, der von uns in Deutschland und in der EU sehr kritisch betrachtet wird. Wie in Ungarn werden demokratische Grundsätze wie die Gewaltenteilung systematisch untergraben. Die Politik sichert sich ihren Einfluss auf die Rechtsprechung, die Unabhängigkeit der Justiz wird eingeschränkt. Die öffentlichen Medien werden zu Organen der Regierungspropaganda. Es wird versucht, die lebendige Zivilgesellschaft in ihren Möglichkeiten einzuschränken. Für Positionen in staatlichen Institutionen wird verstärkt parteipolitische Loyalität zur Voraussetzung. Die Europäische Union hat sich nach langem Zögern genötigt gesehen, gegen Polen ein Rechtstaatlichkeitsverfahren einzuleiten. In unserem Land macht sich bei vielen Ratlosigkeit breit, wie man mit Polen umgehen soll – hatte man sich doch an ein gedeihliches Miteinander gewöhnt und mag eigentlich Polen nicht kritisieren. Schon wegen unserer belasteten Geschichte -

Lassen Sie mich, bevor ich auf die Gestaltung der Zukunft komme, auch noch einmal zurückschauen. Denn das eben von mir gezeichnete Bild ist eben nur die eine Seite dieser Geschichte. Es ist die Frage, ob wir in Deutschland wirklich polnische Sichtweisen auf das 20. Jahrhundert schon genügend wahrgenommen haben.

In diesem Jahr begehen wir in Europa und weit darüber hinaus den 100. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkrieges. In der deutschen Öffentlichkeit ist das z.Z. noch wenig zu spüren. Polen jedoch bereitet sich seit langem auf dieses Datum vor, ist es doch gleichzeitig der 100. Jahrestag seiner wiedergewonnenen Staatlichkeit. In Polen wird hier von seiner Wiedergeburt gesprochen. Wir Deutschen können uns wahrscheinlich gar nicht richtig vorstellen, wie wichtig dieses Datum für die meisten Polen ist, ist doch durch die Nationalsozialisten gemeinhin unser eigenes Nationalbewusstsein ziemlich gebrochen und begründungsbedürftig. Anders für Polen. Da sind Liebe und Stolz auf die nationale Tradition und Geschichte tief verwurzelt und gelten als selbstverständlich. Das polnische Selbstbild ist stark geprägt vom Bewusstsein, immer für die Freiheit gekämpft zu haben und Opfer zu sein. Da fällt es dann eher schwer anzuerkennen, dass Polen auch einmal auf der falschen Seite standen und Schuld auf sich luden, etwa bei dem Judenmassaker in Jedwabne 1941. Die jetzige polnische Regierung verstärkt nun gerade diesen Akzent auf den Ruhm des Polentums, was wiederum viele exzellente polnische Historiker unter Druck setzt und zu Auseinandersetzungen führt. Wenn von deutscher Seite solche Themen berührt werden, wird in Polen schnell der Verdacht laut, wir Deutschen wollten von unserer Schuld ablenken. Das macht das Gespräch schwer. Nun, wir müssen jedenfalls feststellen, dass wir schon weiter miteinander waren, dass es schon ein viel offeneres intellektuelles Klima in der gemeinsamen öffentlichen Debatte gegeben hat – gerade auch zwischen Historikern, bei dem nicht die Nation, sondern die europäischen Werte Maßstab für die gemeinsame Bewertung historischer Ereignisse waren. Dafür müssen wir auch in Zukunft eintreten. Doch dies ist ein Prozess, bei dem gerade die polnischen Historiker und Journalisten unsere Solidarität brauchen, die aufgrund ihrer Positionen und Veröffentlichungen im eigenen Land in eine schwierige Lage kommen. Leider ist das immer wieder der Fall.

Unsere heutige Veranstaltung erinnert an den Überfall auf Polen im Jahr 1939, der den Zweiten Weltkrieg auslöste. Es hat lange gedauert, bis in Deutschland dieser Krieg im Osten in der Breite unserer Bevölkerung als rassistisch motivierter Vernichtungskrieg anerkannt wurde. Als ein Krieg, der eng mit dem Völkermord an den europäischen Juden und dem Mord an Millionen von Polen, Russen und anderen Slawen, wie damals die rassistische Kategorie lautete, verbunden war. Es hat mich deshalb dann vor einigen Jahren doch sehr erstaunt, dass ich über diese Frage beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge noch heftige Diskussionen

führen musste. Für Polen ist die Anerkennung dieser Verantwortung und die Klarheit der Aussage wichtig – und gleichzeitig doch nur die halbe Wahrheit. Denn in der polnischen Erinnerung – und nicht nur dieser Regierung - steht der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 am Anfang, der Pakt zwischen den großen Diktatoren des 20. Jahrhunderts, ein Datum, das in Deutschland wenig im Bewusstsein ist. Damals teilten diese die Völker und Länder zwischen ihren Grenzen unter sich auf – Polen wurde wieder geteilt: am 1. September überfiel Deutschland Polen, am 17. September rückte die Rote Armee im Osten ein. Sie begegneten sich an der abgesprochen Grenzlinie, die noch heute weitgehend die polnische Ostgrenze ist, denn Stalin bestand auch nach 1945 auf dieser Grenze. Ohne die deutschen Gräueltaten zu relativieren, sehen Polen, dass die Schrecken im Osten Polens im Westen bis heute wenig Aufmerksamkeit finden.

So ergibt sich aus dieser polnischen Erfahrung, die sie ja mit den baltischen Völkern teilen, eine Anfrage an uns, die wir ernst nehmen müssen: Es ist die Bagatellisierung des Kommunismus und der mit ihm verbundenen Terrorerfahrungen. Über die Verurteilung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen gibt es in Europa einschließlich Deutschlands Konsens und Einigkeit, über den Kommunismus längst nicht. In Deutschland ist bei der Beurteilung des Kommunismus oft nur der Zipfel des Kommunismus im Blick, den die SBZ und DDR ausmachte. Wir müssen uns bewusst machen: Ohne den von uns Deutschen begonnenen Zweiten Weltkrieg hätte es die Ausweitung des sowjetdiktatorischen Machtbereich auf die Hälfte Europas mit schlimmsten Folgen für die Gesellschaften, die Kultur und Millionen von Menschen nicht gegeben, die verfolgt wurden oder den Tod fanden. Die furchtbaren Dimensionen der Schrecken und ihrer Folgen, die nach der sog. Oktoberrevolution vor 100 Jahren die Erfahrung der Menschen in der Sowjetunion prägten und nach 1945 in der Hälfte Europas, ist in Deutschland und Westeuropa noch immer zu wenig im öffentlichen Bewusstsein. Wer aber Polen und die neuen Mitglieder in der Europäischen Union verstehen will, muss sich diesem Thema verstärkt zuwenden!

Ein anderes, aber auch mit dieser Geschichte verbundene Trauma in Polen ist das deutsch-russische Verhältnis über Polen hinweg – und damit die, wie ich finde, berechnete Forderung: „Nichts über uns ohne uns!“ Das heißt, Polen will mitreden, wenn es um europäische Politik gegenüber Russland geht – und als Mitglied der EU ist diese Forderung recht und billig. Nicht erst die jetzige Regierung, sondern auch

frühere mussten aber die Erfahrung machen, dass man Polen gern außen vor ließ, wenn es um die Gestaltung der Politik gegenüber Russland geht. So findet dieses Trauma leider bis in die Gegenwart hinein immer wieder Nahrung.

Ich nenne nur zwei Beispiele:

Die Festlegung der Verhandlungen mit Russland zum Krieg in der Ostukraine in Minsk im sog. „Normandie-Format“ schloss Polen aus. Man wird das m.E. höchstens im Nachhinein als klug bezeichnen können, war doch damals die jetzige Regierung Polens noch nicht im Amt.

Der zweite Punkt ist die North-Stream II – Pipeline. Schon bei der ersten Ostseepipeline spielten handfeste politische Gründe eine Rolle – Gerhard Schröders Aktivitäten kennen wir heute. Umso mehr hätten gerade wir Deutschen die politischen Implikationen anerkennen und die Bedenken in Polen und der Ukraine ernstnehmen müssen. Hier von einem rein wirtschaftlichen Projekt der Energiesicherung zu reden, ist Realitätsverweigerung – oder unlauteres politisches Spiel.

Doch zurück zum 2. Weltkrieg. Nicht nur zum Anfang dieses Krieges gibt es Botschaften aus Polen an uns, die ernst zu nehmen sind. Das gilt auch für dessen Ende. Wer weiß schon in Deutschland, dass Polen in allen alliierten Armeen mitgekämpft haben und so zu denen gehören, die uns mit vom Nationalsozialismus befreit haben. Hier spielt im polnischen Bewusstsein die Schlacht um Monte Cassino 1944 eine besondere Rolle, wo polnische Truppen der Anders-Armee nach verlustreichem Kampf auf dem Berg die polnische Fahne hissten. Auch bei der Landung an der Normandie waren Polen die viertgrößten Truppensteller. Auch in der Roten Armee gab es eine polnische Division, die am Kampf um Berlin teilnahm. In den 90er Jahren erzählte mir der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski, dass er im KZ Sachsenhausen von polnischen Soldaten befreit wurde.

Stalin hat verhindert, dass 1945 dieser polnische Anteil an der Befreiung anerkannt wurde – und der deutschen Öffentlichkeit ist er nie wirklich bewusst geworden. Es wäre schon gut, wenn wir Wege fänden, dem stärker gerecht zu werden, etwa, wenn wir zu den entsprechenden Jahrestagen neben den Alliierten eben auch Polen mit einladen. Bisher ist das m.W. noch nie geschehen. So gehören Polen m.E. außer dem 1. September bei zwei Gedenkfeiern zu zentralen Ereignissen der deutschen

Geschichte gewissermaßen zu den geborenen Gästen. Wie eben begründet am 8. Mai – hier gemeinsam mit den Alliierten des Zweiten Weltkrieges, und dann am 9. November – hier mit Ungarn, Tschechen und Slowaken. Denn der Mauerfall ist Teil der friedlichen mitteleuropäischen Revolution von 1989, die den Weg zur deutschen Einheit eröffnet und den europäischen Einigungsprozess möglich gemacht hat.

In den letzten Monaten kam ein Vorschlag neu in die Diskussion, in Berlin ein Denkmal für die polnischen Opfer im Zweiten Weltkrieg zu errichten. Viele haben in dem Willen unterschrieben, dass es wichtig sei, auch in dieser Situation, mit der polnischen PIS-Regierung als Partner, etwas Gemeinsames zu tun. Ich kann dies Anliegen verstehen, aber gleichzeitig nur warnen, dieser Idee zu folgen. Ein Denkmal baut man nicht, um mit einem Projekt aktuelle Schwierigkeiten zu überwinden. Ich halte ein solches Denkmal aus grundsätzlichen Gründen für problematisch, denn wir sollten nicht beginnen, den Opfern des Nationalsozialismus getrennt nach Nationen Denkmäler zu errichten. So sehr es richtig ist, dass wir der polnischen Opfer gedenken, so sollte es doch nicht nach Nationen unterschieden werden – denn, wo sollten wir anfangen und wo aufhören? Natürlich braucht es dann auch eines für die russischen, die ukrainischen und belarussischen Opfer – überall gehen hier die Zahlen in die Millionen. Und dann - sind die anderen Opfer weniger gedenkenswert, wo die Zahlen geringer sind? Ich halte das für einen gefährlichen Weg.

Ich trete für ein anderes polnisches Denkmal ein, bei dem es eine polnische Singularität gibt, nämlich für den Beitrag Polens zur deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte. Hier wäre manches zu nennen, von der deutschen Begeisterung für die polnischen Freiheitskämpfer beim Hambacher Fest, wie schon erwähnt der polnische Anteil bei der Befreiung vom Nationalsozialismus, Solidarnosc und der Runde Tisch, die konstruktive Haltung Polens 1990. Für ein solches Denkmal gibt es schon einen Ort – nämlich das jetzige polnische Denkmal in Berlin, das aber völlig umzugestalten wäre. Es steht aber auch jetzt schon unter dem schönen Namen: „Für eure und für unsere Freiheit!“

Doch gilt es natürlich über Denkmäler hinaus darüber nachzudenken, wie wir heute mit Polen unter seiner schwierigen Regierung heute umgehen. Dabei gilt es dann auch mit zu bedenken, dass die Infragestellung an unsere liberalen Werte und die Europäische Union heute nicht nur aus Polen und Ungarn kommen. Nationalistische Kräfte sind in vielen Ländern auf dem Vormarsch, auch bei westlichen Nachbarn –

und bei uns selbst. Die Nachrichten und Bilder dieser Tage aus Chemnitz, bei denen auch der Hitlergruß wieder zu sehen war, sind nur die letzten einer langen Reihe und müssen uns beschämen. Wenn das Thema dieser heutigen Veranstaltung von einem Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag ein „Fliegenschuß“ in der deutschen Geschichte benannt wird, ist das eine Herausforderung für die Demokraten aller Parteien in unserem Land.

Nach meiner Überzeugung ist die klare Benennung der Differenzen und Kritik an der polnischen Politik dringend und wichtig. Das Untergraben der Gewaltenteilung, die Einschränkung der Unabhängigkeit der Justiz und der öffentlichen Medien sind Gefährdungen der Werte, auf welche die Europäische Union gegründet ist. Deshalb unterstützt Deutschland mit Recht die Einleitung des Rechtsstaatsverfahrens der EU gegenüber Polen. Dies ist auch wichtig, um uns gegenüber den Polen nicht unglaubwürdig zu machen, mit denen wir in den letzten drei Jahrzehnten intensiv zusammengearbeitet haben. Gerade in dieser Situation sollten wir uns aber nicht von Polen abwenden, sondern in differenzierter Weise noch mehr zuwenden. Dazu gehört die Förderung zivilgesellschaftlicher und regionaler Kontakte, etwa von Städtepartnerschaften und der Ausbau ihrer Finanzierungsmöglichkeiten. Wir müssen uns ja deutlich machen, dass die polnische Bevölkerung sehr europafreundlich ist, wie es kürzliche Umfragen gerade noch einmal belegt haben. PIS wird m.E. nicht wegen dieser von uns kritisierten Politik gewählt, sondern trotzdem. Die eigentlichen Gründe liegen eher in seiner Sozialpolitik und in der Schwäche der Oppositionsparteien! Die Transformation der letzten Jahrzehnte erfolgte durch die Stärkung der Starken in der Gesellschaft und im Freisetzen der Marktkräfte. Viele Jahre ist eine neoliberale Politik gemacht worden, bei der die Schwachen und die Verlierer des Transformationsprozesses ins Hintertreffen geraten sind. Diesen hat sich die PIS zugewandt und hier ihre Mehrheiten gefunden.

Gleichzeitig sollte jedoch mit der polnischen Regierung nach Projekten des gemeinsamen Interesses gesucht werden. Ich denke hier insbesondere an die Sicherheitspolitik und die Kooperation in der Gestaltung der europäischen Russland- und Ukrainepolitik. In meinen Augen ergeben sich hier vielfältige Möglichkeiten. Gerade weil es kompliziert ist, scheint mir ein kontinuierlicher Dialog zur Energiepolitik aber ebenso sinnvoll. Vor Jahren habe ich einen deutsch-polnischen

Energierat vorgeschlagen. Wo Deutschland und Polen sich einigen, könnte das auch für Europa von Bedeutung sein.

In jedem Falle gilt es, den Dialog nicht abreißen zu lassen. So manche polnische Perspektive stellt auch an uns berechnigte Fragen, die uns zum Nachdenken bringen sollten. Einige Beispiele dafür habe ich benannt.

Polen und Deutschland sind – unabhängig von ihrer jeweiligen Regierung – wichtige Partner in der Gestaltung Europas. Wir haben hier in der Vergangenheit viel erreicht und sollten daran festhalten. Da Europa unsere Zukunft ist – und davon bin ich überzeugt, denn selbst große Nationalstaaten werden nicht das nötige Gewicht haben, angesichts der Globalisierung zu bestehen – da Europa unsere Zukunft ist, gehört auch das deutsch-polnische Verhältnis zu unserer Zukunft. Sie wird nur eine gemeinsame sein! Und wo Zeiten schwierig sind wie die jetzigen, erfordert das umso mehr Empathie, Dialog und die Bereitschaft zum Zuhören. Dafür aber muss man sich begegnen und miteinander reden. Verstehen Sie das ruhig als Aufforderung nicht nur für Politiker, die das vielfach schon tun. Doch die deutsche Bevölkerung, besonders im Westen, hat hier noch einen großen Nachholebedarf. Insofern schließe ich mit einem Aufruf: Fahren Sie nach Polen, nehmen Sie Ihre Freunde mit, und reden mit den Menschen. Das erweitert den Horizont auf beiden Seiten, ist spannend – und hilft uns allen!

Ich danke Ihnen!